

Zum Rücktritt der Senatorin für Kultur und gesellschaftlichen Zusammenhalt

Kultur und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind politische Felder, die eine große überparteiliche Integrativität voraussetzen. Berlin hat dies immer wieder gezeigt und Spitzenämter in diesem Bereich daher nach Kompetenz und nicht nach Parteizugehörigkeit besetzt.

Sarah Wedl-Wilson hat zu einem Zeitpunkt Verantwortung übernommen, da sich die Berliner Kultur und Berlins gesellschaftlicher Zusammenhalt in einer ihrer prekärsten Situationen befanden – nach zwei Jahren gefährlicher Untätigkeit war es zu einem völligen Strömungsabriss des Dialogs gekommen. Dies wiegt umso schwerer, als gleichzeitig auf Berliner Ebene ohne jede Agenda und Vision die historisch schwersten Budgetkürzungen in diesen beiden politischen Feldern vorgenommen wurden, die Umsetzung wesentlicher struktureller und baulicher Großprojekte anstand und auf Bundesebene die Aushandlung des Hauptstadtkulturvertrages und die Ausrichtung des Humboldt Forums ansteht. Sie hat in dieser Situation wieder Dialog ermöglicht und skizziert, dass die erfolgten Erschütterungen einen Gesprächsraum in Richtung einer Agenda 2035 notwendig machen.

Die Entlassung der Kultursenatorin Sarah Wedl-Wilson war aus bekannten Gründen trotzdem juristisch und politisch geboten. Gleichwohl bringt sie die Politikfelder Kultur und gesellschaftlicher Zusammenhalt in eine weitere äußerst schwierige Situation.

Kultur als eines der wenigen Aushängeschilder und Treiber der Stadt darf angesichts der großen Herausforderungen nicht ohne kompetente politische Führung bleiben. Deutliche Risse im gesellschaftlichen Zusammenhalt können nicht en passant, ohne Kompetenz und mit geringer Priorität behandelt werden.

Die Hoffnung besteht also darin, für die verbleibende Zeit bis zur Wahl und die anschließende Phase der Regierungsfindung eine Persönlichkeit zu finden, die – ähnlich wie der Prozess der Verwaltungsreform – von allen demokratischen Parteien mitgetragen wird und die quasi ohne Einarbeitungszeit Aufgaben wie die Neuverhandlung des Hauptstadtvertrages aber auch notwendige Strukturveränderungen in den Kulturbetrieben im Sinne Berlins vorantreibt.

Der von Persönlichkeiten aus der Stadt formulierte Weckruf der Stiftung Zukunft Berlin (s. <https://berlinforum.berlin/>) muss nun umso lauter und dringender gehört werden. Es braucht eine überparteiliche Lösung, um Kultur und gesellschaftlichen Zusammenhalt nach den substanzzehrenden Einsparungen der letzten Jahre nicht ein weiteres Mal zu schädigen und um diese Politikfelder in der auf die Wahl folgende Regierungsbildung mit einer starken Stimme zu versehen.

Forum Zukunft Kultur
Verantwortlich für die Initiative:
Andreas Richter

Koordination:
Anett Szabó
szabo@stiftungzukunftberlin.eu
Tel. +49 30 26 39 229-14
Fax +49 30 26 39 229-22
www.stiftungzukunftberlin.eu